

Ökumenische Energiegenossenschaft Baden-Württemberg e.G.

Zu Situation und Entwicklung unserer Genossenschaft Lagebericht anlässlich der Genossenschaftsversammlung am 17. Mai 2019

Jobst Kraus

Liebe Mitglieder der ÖEG,

Vorbemerkung

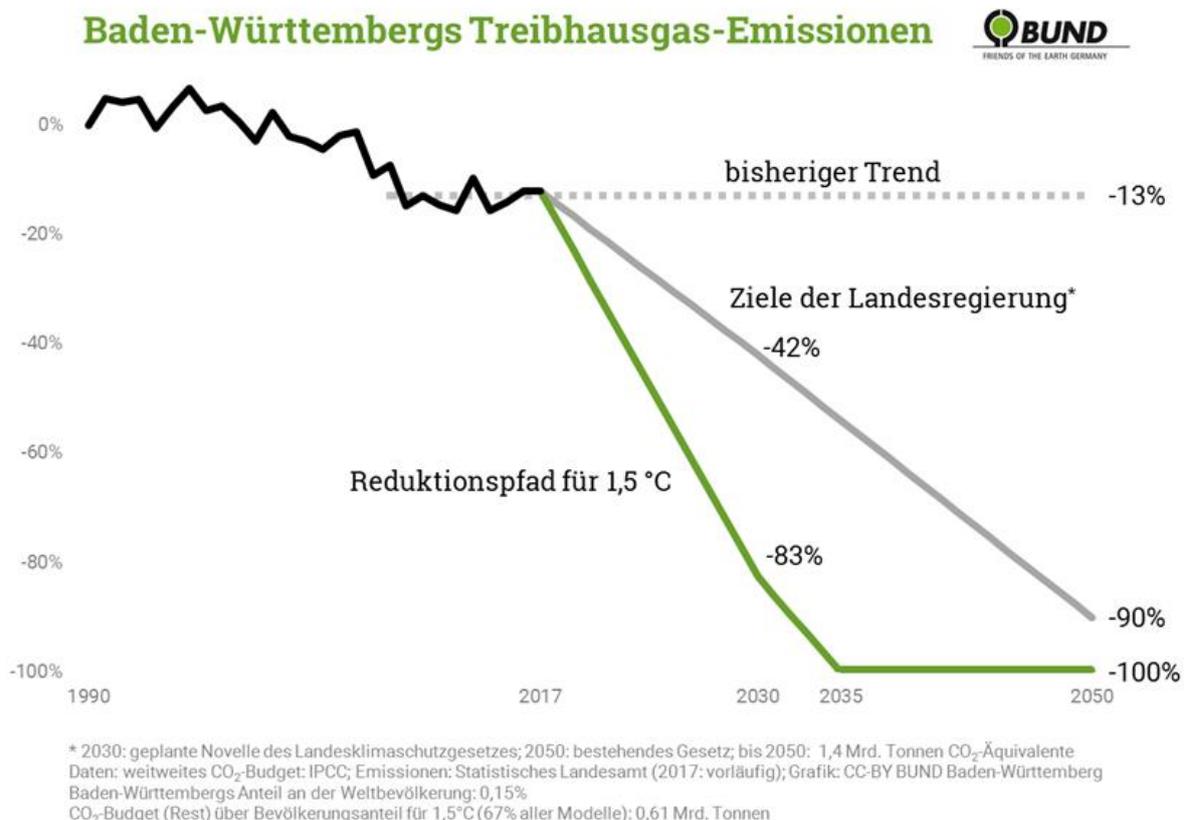
die ÖEG gibt es nun fast 10 Jahre. Im November 2009 wurde die ÖEG gegründet. Im Gründungsprotokoll heißt es „auf Einladung von Romona Böld, Gunter Kaden, Jobst Kraus und Paul Hell haben sich am 13.11. 2009 in der Ev. Akademie Bad Boll 34 Personen eingefunden, um über die Gründung einer eingetragenen Genossenschaft mit der Firma Ökumenischen Energiegenossenschaft Bad Boll e.G. zu beraten und zu beschließen“. Zum ersten Aufsichtsratsvorsitzenden wurde Ernst Ludwig Vatter, zu seinem Stellvertreter Gerhard Dilschneider gewählt. Zu weiteren Aufsichtsratsmitgliedern wurden gewählt: Dietmar Maschke, Eberhard Müller und Sabine Wettstein. Der Aufsichtsrat hat anschließend nach einer kurzen Unterbrechung der Versammlung Jobst Kraus, Gunter Kaden, Paul Hell und Peter Wabitsch zu Vorstandsmitgliedern berufen. Die um 19:05 Uhr eröffnete Sitzung wurde um 22:05 Uhr geschlossen. Am 10. Dezember ging schon unsere erste Anlage auf dem Dach des Südflügels mit 32,13 kWp ans Netz. Bis zum 6. Mai 2019 brachte die Anlage SUN 1 – so haben wir unsere PV – Anlagen bezeichnet, 330.915 kWh mit einem finanziellen Ertrag von 154.700 € und einer CO₂ Einsparung von 159,5 Tonnen. Gekostet hat die Anlage damals 115.000 €. Bis auf einen Wechselrichterausfall, der noch auf Garantie ging, läuft und läuft die Anlage im Rahmen des EEG mit einer Vergütung von 0,4287 € noch weitere 10 Jahre. Wir hätten in unserer Anfangszeit noch mehr PV-Anlagen realisieren sollen, wollten aber möglichst ohne Fremdfinanzierung auskommen. Während 2009 und 2010 die Rahmenbedingungen ökonomisch gesehen sehr gut – gesellschaftspolitisch betrachtet zu gut waren, sind sie heute alles andere als förderlich. Damit wären wir beim Thema.

Zur gegenwärtigen klima- und energiepolitischen Situation

Auch wenn Baden-Württemberg mit seinem Klimaschutzgesetz und dem IEKK bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen hat, ist es bisher nicht gelungen, für eine Trendumkehr bei den CO₂-Emissionen zu sorgen. In den Bereichen Verkehr und allgemeine Versorgung lag Baden-Württemberg 2016 bei 111 Prozent der Treibhausgasemissionen des Jahres 1990. In der Industrie sanken die Emissionen bis etwa 2005 und stagnieren seitdem bei 63 Prozent. Das zeigt, dass die Emissionen im industriellen Bereich bisher sehr viel stärker von der konjunkturellen Entwicklung als von Klimaschutzbemühungen abhängig sind. Nur bei der Abfall- und Abwasserwirtschaft ist die Entwicklung kontinuierlich positiv. Bei den gesamten Treib-

hausgasemissionen lag Baden-Württemberg 2016 bei 88 Prozent. Dies stellt dem Klimaschutz in Baden-Württemberg ein schlechtes Zeugnis aus und reicht bei weitem nicht zur Erreichung der Klimaziele von Paris. Dort wurde 2015 vereinbart, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad gegenüber vorindustrieller Zeit zu begrenzen. Angestrebt werden soll eine Begrenzung auf 1,5 Grad.

Der Weltklimarat IPCC hat hieraus Treibhausgasbudgets errechnet. Diese geben an, wie viel Treibhausgase weltweit insgesamt noch maximal emittiert werden dürfen, um die Ziele zu erreichen. Die einfachste und international fairste Möglichkeit, aus diesen Budgets, Staats- und Länderbudgets zu ermitteln, ist, ihren momentanen Anteil an der Weltbevölkerung heranzuziehen. Für Baden-Württemberg ergeben sich so zwei wichtige Budgetgrenzen. Zur Begrenzung der Erderwärmung auf 2 Grad Celsius mit einer Wahrscheinlichkeit von 66 Prozent bleibt ab 2018 ein Restbudget von 1.705 Mio. t CO₂. Zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent bleibt ab 2018 ein Restbudget von 845,15 Mio. t CO₂. Die für die Novelle des baden-württembergischen Klimaschutzgesetzes anvisierte Reduktion der Treibhausgasemissionen um 42 Prozent bis 2030 reicht nur für eine Einhaltung des 2-Grad-Budgets aus. Zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad müssen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 76 bis 91 Prozent reduziert werden. Bei einer Reduktion um 76 Prozent ist das Restbudget bis 2050 komplett aufgebraucht. Bei 91 Prozent reicht es noch bis 2100.



Die Landesregierung sieht die Handlungsnotwendigkeiten, zumal sie neben NRW das einzige Bundesland durch das Klimagesetz zum Handeln genötigt wird. Ein Umsetzungsinstrument ist die Novellierung des Integrierten Energie und Klimaschutzkonzeptes, das seit heute in die Bürgeranhörung geht (<https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/lp-16/fortschreibung-iekk/>;) im Handlungsfeld 3 Erneuerbare Energien schlägt die Regierung

vor: Der Ausbau der erneuerbaren Energien stellt die wesentliche Säule zum Ersatz der wegfallenden Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern dar. Der Ausbau der erneuerbaren Energien konzentriert sich dabei weitgehend auf Windenergie und Photovoltaik. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für EE-Anlagen werden vor allem auf Bundesebene definiert. Das Land setzt sich dafür ein, dass auch Projekte in Baden-Württemberg in ausreichendem Maße wirtschaftlich sind. Auf Landesebene kommt es vor allem darauf an, die notwendigen Flächen zur Verfügung zu stellen.“

Wie stark die Bundesrepublik hinterherhinkt, zeigt eine aktuelle Studie von Ecolog, finanziert von der European Climate Foundation: hier wurden die Nationalen Klimaschutzkonzepte im Blick auf ihre Umsetzung bis 2030 untersucht. Deutschland liegt im Ranking auf dem vorletzten Platz unter allen europäischen Staaten

Da die Kirchen in BaWue etwa 500 Millionen kWh Strom in ihren Gemeinden und Einrichtungen im Jahr verbrauchen, wodurch – nach Bawue Strommix – derzeit ca. 155.000 t CO₂ verursacht werden, müssten bei Orientierung am 1,5 Grad Ziel die Kirchen bis zum Jahr 2035 und das ist in 16 Jahren -ihre Kohlendioxidbelastung im Strombereich von 155.000 t/a auf 26.350 t reduzieren. Das sind gewaltige Anstrengungen, die schon heute ambitioniert eingeleitet werden müssen – mittels Energieeffizienz, Suffizienz und dem Zubau an erneuerbarer Energie.

Dies wird nicht ohne entsprechende staatliche ordnungs- wie finanzpolitische politische Rahmenbedingungen gehen. Der Schaden, den Treibhausgasemissionen anrichten, muss endlich finanziell abgebildet werden. Hierfür ist eine CO₂ -Abgabe unabdingbar. Eine europaweit einheitliche CO₂ -Abgabe wäre wünschenswert, scheint aber momentan schwer durchsetzbar. Umweltverbände wie auch der Verein CO₂ Abgabe empfehlen deshalb dringend, nicht auf europaweit einheitliche Regelungen zu warten, sondern schon jetzt einen CO₂ -Preis auf Bundesebene für alle fossilen Energieträger zu forcieren. Ein CO₂ -Preis wird ein zentraler Treiber für den Umbau des Energiesystems sein und kann technische und gesellschaftliche Innovationen anschieben, die den Südwesten wettbewerbsfähig bleiben lassen. Um die genannten Ziele zu erreichen braucht es alle Anstrengungen: eine große Zunahme der Energieeffizienz (Heizungspumpenwechsel, hydraulischer Abgleich, Lampenwechsel, etc.), eine sich verbreiternde Energiekultur des Genug (Suffizienz), eine Form der Selbstbegrenzung bei der Nutzung von elektrischen wie digitalen Geräten bis hin zur Wiederentdeckung der Nacht. Das Sahnehäubchen wären dann die erneuerbaren Energien, an deren Ausbau wir als ÖEG mitschieben – und noch mehr machen würden.

Die Auswirkungen des sich beschleunigenden Klimawandels – wir erleben derzeit die CO₂ Freisetzungen von vor 10 Jahren mit einer Gesamtwirkungszeit von 100 Jahren – erfordern rasches und phantasievolles Handeln. Und es braucht eine Vorstellung, wie es anders und besser sein könnte.

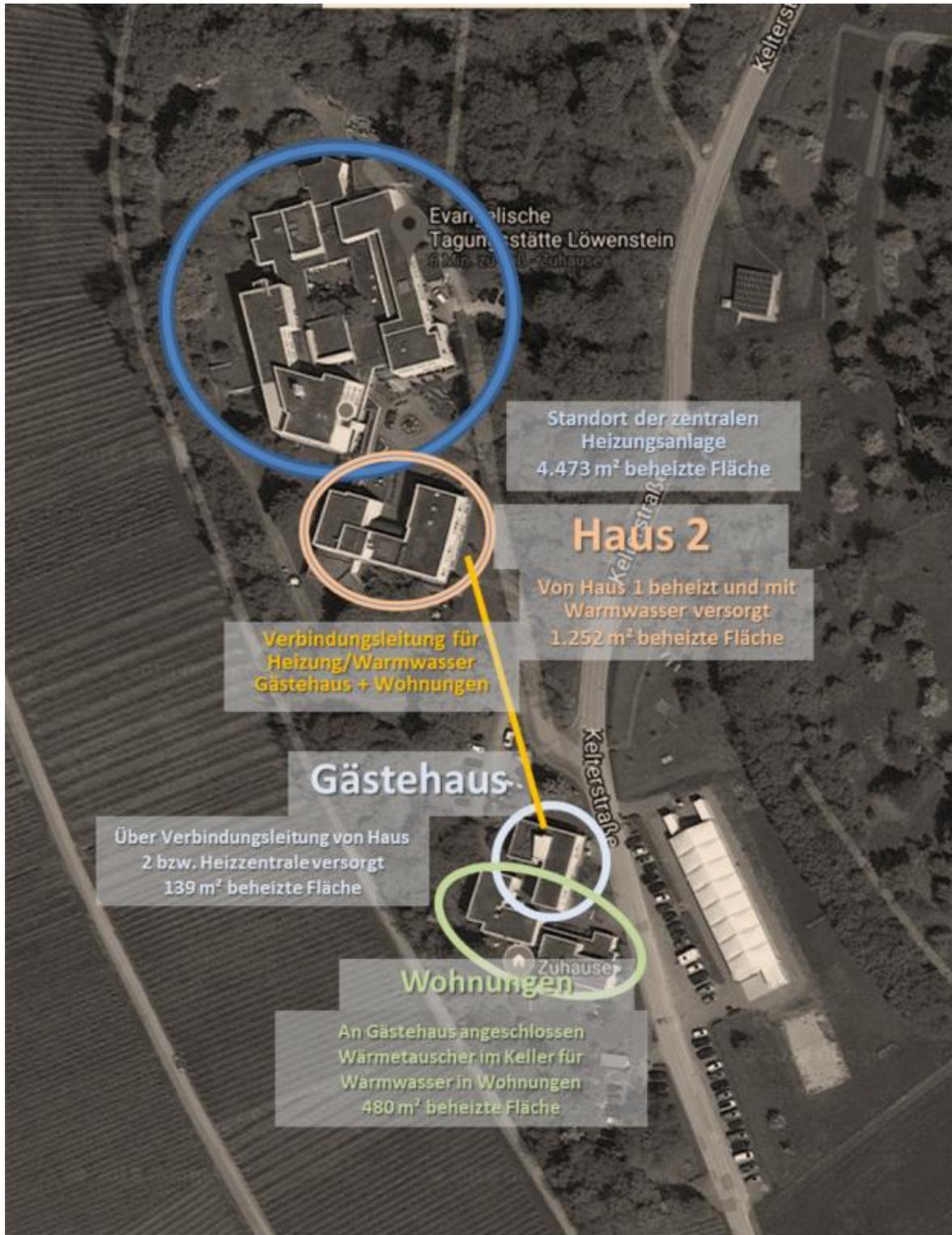
Ich will dies am Beispiel eines Projektes erläutern: die ET Löwenstein ist auf uns zugekommen. Sie wollen und müssen die Heizungsanlage sanieren. Das klosterähnliche Gebäude als himmlische Stadt auf dem Berg wurde 1971 eingeweiht, also vor fast 50 Jahren.



Die Tagungsstätte verursacht für Strom und Heizöl bei Jahreskosten ca. 133.000 €/a etwa 481 t CO₂. Gemäß obenstehendem Budgetansatz und der Reduktionsnotwendigkeit müsste die ETL bis 2035 von 481 auf 82 t CO₂ reduzieren.

Dies fordert die Beteiligten zu Phantasie heraus – und wir hoffen, dass die ETL und die beteiligten Kirchengemeinden mitziehen:

Neben Energieeffizienzmaßnahmen (Lampenwechsel, Heizungspumpentausch, hydraulischer Abgleich) und erneuerbaren Energieträgern (Pellets- oder Hackschnitzelheizung, kleine Windräder, PV – Anlagen auf den Dächern, Abwärmenutzung und PV – Modulen an der zu sanierenden Asbestfassade – hier sind wir im Gespräch mit dem Umweltministerium und dem ZSW) könnte die Tagungsstätte ein Leuchtturm für eine gesamtgesellschaftliche Transformation werden, an dem Tagungsgäste und Besucher erleben, wie eine nachhaltige Energiezukunft – auch in den Bereichen Mobilität und Ernährung – aussehen kann.



Wir hoffen als ÖEG, dass sich die Tagungsstätte darauf einlässt – auch um die von den Kirchen proklamierte globale und intergenerative Klimagerechtigkeit herzustellen.

So wollen wir an dieser und anderer Stellen als ÖEG die Kirchen herausfordern – und besonders in der Diakonie gäbe es große Potentiale.

Fazit für uns als ÖEG: Wir werden dringender denn je von Gesellschaft und Kirche(n) zur Umsetzung der Energiewende gebraucht – und zwar in den Bereichen: weiterer Ausbau der Erneuerbaren sowie Erschließung der Energie-Effizienzpotentiale.

Angesichts der verbreiteten Tatenlosigkeit müssten die Jugendlichen nicht nur der Politik, sondern auch den Kirchen auf die Füße steigen mit dem Slogan „wir sind hier und wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“. Und neben der Solidarität mit der Jugend und ihrer Zukunft sollten wir uns für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder engagieren.

Mitglieder und Anteile

Im Jahr 2018 haben wir 9 neue Mitglieder dazugewonnen, auch bedingt durch eine Beilage unseres aktualisierten Flyers in dem Magazin der Offenen Kirche (hier mussten wir nur die Einlegarbeit bezahlen) und da im gleichen Zeitraum 1 Mitglied verstorben ist, haben wir im Saldo zum Jahresende 2018 einen Mitgliederstand von 312. Dies ist mit 11.432 Anteilen verbunden. Das heißt die ÖEG hat Ende 2018 mit 1.143.200 € Anteilsvermögen die 1,1 Millionen Grenze überschritten – und dies obwohl wir im zurückliegenden Jahr nicht aktiv um Aufstockungen geworben haben. Grund dafür ist immer noch der Überhang an Geld auf unserem Konto und tendenziell zu wenigen Projekten. Dies wird sich dieses Jahr - so hoffen wir - sehr ändern. Mit der EKMA, der Samariterstiftung, der Ev. Kirche in Heidelberg, der Ursprungschule könnten Investitionen in Höhe von 400 – 500.000 € getätigt werden. Dies würde eine jährliche CO2 Reduktion von 183 Tonnen Kohlendioxid nach sich ziehen. Als Vorstand sind wir sehr angetan über die positive Resonanz seitens unserer Mitglieder. Die eingehenden, vielfach Dank aussprechenden Rückmeldungen geben uns auch Kraft in unserer Arbeit und zeigen uns, dass die Genossinnen und Genossen eine verlässliche Basis unserer Arbeit sind.

Einblicke in die Arbeit des Vorstandes

Zuerst eher allgemein: Vorstandssitzungen hatten wir 2018 insgesamt 6, davon auch zwei gemeinsam mit dem Aufsichtsrat. Auch eine TelKo hatten wir dabei, um den Zeit- und fahraufwand zu reduzieren. Im Jahr 2018 gab es keine Veränderungen im Vorstand. Sehr dankbar sind wir weiterhin Karin Zomer für Ihre Arbeit im Büro, die Pflege der Mitgliederkartei, die Erledigung der Post samt interner Weiterleitung an die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und die monatliche Weitergabe der zu buchenden Kosten an unser Steuerberatungsbüro. Wir hoffen auch, dass Karin Zomer im Bereich der Buchhaltung noch besser für unser Steuerberatungsbüro vorbereiten kann, so dass wir diesen mehr als 50 % Anteil unserer sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 13.000 € Schritt für Schritt reduzieren können, Dies ist weiterhin Zukunftsmusik. Realität wurde inzwischen unsere Absicht, jemanden jungen, Kompetenten als technische Assistenz einzustellen. Nach einer langwierigen und

erfolglosen Suche, sind wir über den Hinweis eines Mitglieds auf einen diplomierten Energietechniker gestoßen. Wir hatten eine Stelle ausgeschrieben und haben uns dann unter den beiden Bewerbungen für Sebastian Braun entschieden, der sich nach einer kurzen Einarbeitung und Hospitationen in einem Energieberatungsbüro und bei einem Solarteuer sehr schnell in das operative Geschäft eingefunden hat. SB hat bei uns eine halbe Stelle und wir sind sehr angetan über sein Engagement, seine Kompetenz und Umsicht und auch über seine freundliche, gewinnende Art mit Geschäftspartnern und Handwerkern umzugehen. Unter einem späteren Tagesordnungspunkt wird SB sich nicht nur selbst vorstellen, sondern auch die technischen Perspektiven von Anlagen, Contracting und dem Angebot von Balkonanlagen für Mitglieder vorstellen.

Was sonst noch an Vorstandsarbeit dran war:

- Versuche über Briefe und Gespräche die Kooperation ÖEG mit Stadtkirchengemeinden, Schulstiftungen, Landeskirchen zu verbessern. Oft reicht ein Schreiben nicht. Trotz entgegenkommendem Wohlwollen müssen wir x-mal nachhaken. So dauert eine Planungsphase oft 1 bis ½ Jahre. Nach einiger Zeit versuchen wir die Schubladenprojekte wieder zum Leben zu erwecken. Mein Eindruck ist manchmal, dass alle Leute in Betriebsamkeit ertrinken, für das Nötige keine Zeit haben (oder sich nicht entsprechend entscheiden können) und die Energiepreise nicht den nötigen Druck machen – der Anspruch der Klimagerechtigkeit schon gar nicht.
- Die Gespräche mit dem Geschäftsführer der KSE, ebenfalls in Richtung Kooperation, werden fortgesetzt. Hier gibt es die Überlegung, dass wir als ÖEG die Anlagen planen, bauen und betreiben und die KSE den Strom unserer Anlagen vermarktet, vielleicht zukünftig mal als kirchlichen Premiumstrom von kirchlichen Dächern für kirchliche Einrichtungen. Mit der geplanten Anlage in Schwäbisch-Hall müssten wir, wenn sich die ca. 210 kWp auf einem Bürogebäude und einer Werkstatthalle realisieren lassen, sowieso in die Ausschreibung gehen. Da haben wir dann die Wahl zwischen den dortigen Stadtwerken und der KSE
- Teilnahme an Gesellschafterversammlungen der Freiflächen GmbH Engstingen Haid und der Solarkomplex GmbH zum Windpark Länge sowie an energiekooperativ in Tübingen, einem Austausch unter Energiegenossenschaften, der sehr wertvoll ist.
- Die Kontaktaufnahme zu diakonischen Einrichtungen (Stetten, Zieglersche Anstalten, etc.) werden fortgesetzt. Einige Anfragen (Wilhelmshilfe in Göppingen oder das Christliche Jugenddorfwerk in Uhingen/Stuttgart) haben sich zerschlagen. Auch das Projekt mit dem Bethesda Krankenhaus in Ulm liegt auf Eis, da der Generalunternehmer eine sinnvolle gleichzeitige Nutzung des Gerüsts dann zu Aufschlägen nutzen würde.

Derzeitige (ewige) Baustellen

Hinter dieser Überschrift verbergen sich auch Probleme, mit denen wir uns im Vorstand im letzten Jahr auseinandersetzen mussten und die z. Teil auch noch anstehen:

- Das **ertragsmindernde Pflanzenwachstum auf dem Dach des Hospitalhofs**, das uns weiterhin beschäftigt und das mittlerweile auch die Stadt interessiert (und das ZSW). Wir suchen nach einer ökologisch und sozial verträglichen Abhilfe (denn allein das Schleppen von Wassereimern über die Ziehtreppe zur Reinigung der Module ist anstrengend. Ein Tipp für alle die die Koexistenz von Grün und Sonne vorhaben: Einen erreichbaren Wasseranschluss vorsehen.
- Das **Insolvenzverfahren mit der Solarfabrik** (Modulschaden in der Garantiezeit bei der Anlage in Mettingen) wird vermutlich bis Mitte 2019 zum Abschluss kommen. Forderungen in Höhe von 3,36 Mio. € stehen 2 Mio. € aus der Insolvenzmasse (ohne die noch ausstehenden Eintreibungen) gegenüber. Ich zitiere: „die derzeit noch zu erwartenden Gesamterlöse lassen weiterhin eine nennenswerte Quote auf die in der Insolvenztabelle festgestellten Forderungen erwarten“. Wir hatten einen Schaden von ca. 15.000 € und hoffen angesichts dieser Aussage auf eine Auszahlung in der Größenordnung von 7.000 €,
- Wie lange sich Prozesse hinziehen, dafür ist das **Projekt einer Wasserkraftanlage in Urspring** (Landerziehungsheim bei Schelklingen) immer noch ein Beispiel. SB und JK waren dort und haben uns die Planungen, in die wir uns als ÖEG dann auch einbeziehen würden, mitbekommen. Seitdem Funkstille. Auch im Blick auf die noch zu nutzenden Dächer.
- **unsere Beteiligung am Windpark Länge**: ein weiteres Blutdruck steigerndes Projekt. Es ist zwar gerodet, aber angesichts der Klagen gegen das RP Freiburg und das Landratsamt seitens einer Gegenwindinitiative aus Rheinland-Pfalz haben wir weitere Bautätigkeiten unterlassen. Der Stand ist nun der: Die solarcomplex GmbH & Co KG Windpark Länge wurde 2015 gegründet, um einen aktiven Beitrag zu den Ausbauzielelen Windkraft des Landes Baden-Württemberg zu leisten. Mit den geplanten 7 modernen Windkraftanlagen sollen jährlich rund 45 Mio. kWh Strom erzeugt werden. Das entspricht bilanziell immerhin dem privaten Strombedarf von rund 40.000 Menschen und einer CO₂ Einsparung von 22.000 Tonnen. Gesellschafter der Betreibergesellschaft des Windpark Länge sind zahlreiche Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften aus Baden-Württemberg. Die Gesellschaft ist mit rund 3 Mio. Euro an Projektkosten in Vorleistung gegangen und muss aktuell mit Entsetzen feststellen, dass trotz:
 - eines rechtswirksamen Teilflächennutzungsplans "Windkraft" des zuständigen Gemeindeverwaltungsverbands Donaueschingen

des Vorliegens einer Waldumwandlungs- und Rodungsgenehmigung (welche auch bereits vollzogen ist)

des Vorliegens einer BImSchG-Genehmigung

der Erlangung eines Vergütungs-Zuschlags in der EEG- Ausschreibung im Februar 2018 die Realisierung des Windparks höchst ungewiss ist. Der Grund dafür ist, dass das VG Freiburg mit seiner Entscheidung vom 12.03.2019 die Genehmigungspraxis für Windkraftanlagen seit Einführung des Windenergieerlass als unzulässig erklärt hat. Im Kern geht es darum, dass das vom Land Baden-Württemberg im Windenergieerlass ausdrücklich festgelegte "zweigleisige" Verfahren von Waldumwandlungsgenehmigung (beim RP) und BImSchG-Genehmigung (beim LRA) als nicht zulässig erachtet wird. Sollte es trotz der im Flächennutzungsplan dokumentierten Willenserklärung des Gemeindeverwaltungs-Verbands nicht gelingen, dieses Projekt erfolgreich umzusetzen, wäre erstens ein erheblicher politischer Scherbenhaufen und zweitens ein großer wirtschaftlicher Schaden entstanden. Ähnlich haben wir dem Umweltminister geschrieben und um ein Gespräch gebeten.

Was uns als ÖEG betrifft: Wir haben mit 200.000 € Einlage einen Anteil von 1,67 % am Eigenkapital Für uns als ÖEG und generell energiepolitisch ist diese Entwicklung fatal. Und: Wir warten weiter und hoffen darauf, dass angesichts der Energiewendenotwendigkeiten letztlich doch gebaut und dann die Anlagen gleich ertragreicher realisiert werden können.

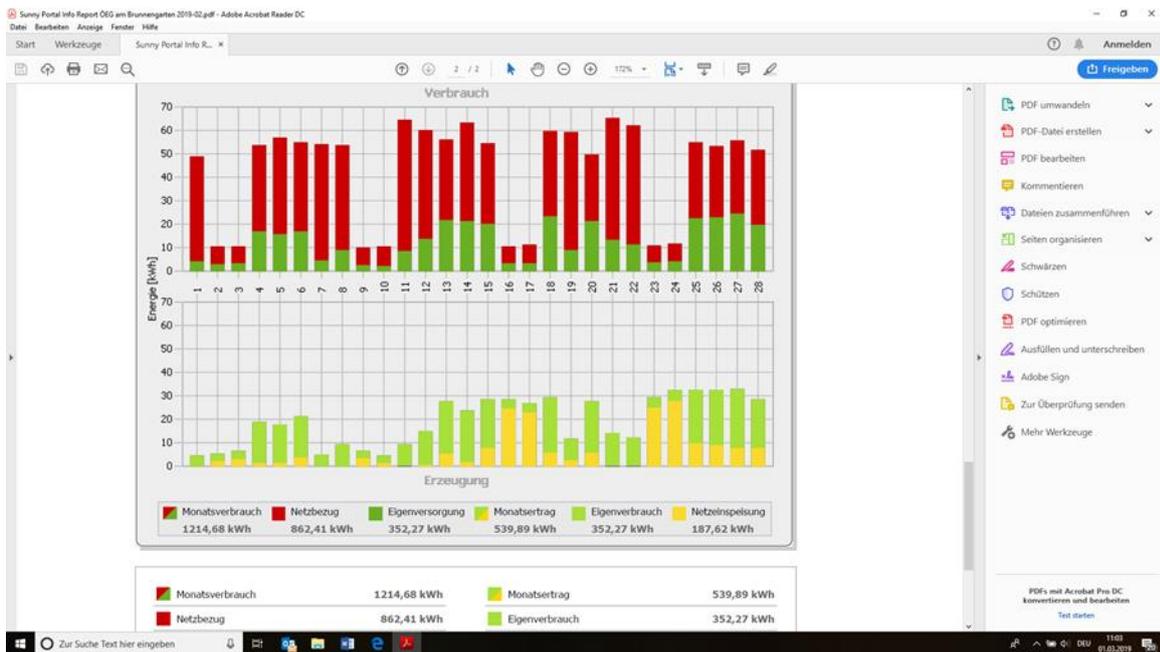
Was es Neues zu berichten: ein Blick in die Projektzukunft der ÖEG

2018 wurden folgende neue Projekte realisiert:

Erwerb im Oktober 2018 von einem Anteil von insgesamt 100.000 € an **Solar und Windkraft 1** mit 3 PV – Freiflächenanlagen Rickelshausen BA5 und BA6 (1,23 MW, 2,63 MW) und Solarpark Bingen mit 750 kW im Wert von 76.500 € sowie einem Anteil am Windpark Länge (siehe oben) in der Größenordnung von 23.500 €. Der Solarpark Rickelshausen auf der ehemaligen Kreismülldeponie Rickelshausen im Landkreis Konstanz wurde in mehreren Bauabschnitten mit derzeit gut 6 MW (Megawatt) errichtet.



□ zwei Anlagen - beide Male in Mannheim - realisiert: auf dem Verwaltungsgebäude der EKMA eine **25 kWp Anlage** und eine **9,99 kWp Anlage** auf einem Kindergarten in der Brunnenstr. Beide Anlagen laufen auf Eigenstromnutzung. Wir erheben eine monatliche Miete, überwachen die Anlage und sind für Reparaturen zuständig.



Sehr erfreulich ist, dass nach anfänglichem Zögern Bauabteilung und Kirchenfinanzabteilung jetzt noch mehr Projekte realisieren möchten. Insgesamt stehen 4 bis 5 Projekte zur Wahl.

Ein Gespräch mit der Stadt MA und der dortigen BM Kubala hat zusätzliche Perspektiven eröffnet – jedenfalls hoffen wir. Hilfreich sind zwei Dinge: zum Einen, dass die badische LK den Liegenschaftsatlas der LK und den Solarpotentialatlas der Landesregierung übereinandergelegt haben und wir so schneller feststellen können, ob ein Gebäude geeignet ist. Hilfreich ist außerdem ein Klimaschutzkonzept der Ev. Kirche in Mannheim, das diese selbst unter Zugzwang bringt. In Planung ist noch mehr. Da darf ich sie auf den Ausblick von Sebastian Braun vertrösten, über dessen Mitarbeit wir sehr erfreut sind – auch seine finanzielle Bescheidenheit derzeit nur mit 50 % zu arbeiten. Wir haben ihm aber zugesichert, dass wir den Arbeitsanteil gerne aufstocken, wenn wir mehr an Projekten realisieren – lukrative sollten auch mit dabei sein.

So appelliere ich an Euch und Sie wie jedes Jahr: Wir brauchen ihren Rückenwind, um unseren Beitrag zur Energiewende, zur Schöpfungsbewahrung und zur notwendigen ganzheitlichen ökologischen wie sozialen Transformation unserer Gesellschaft realisieren zu können – und sind Sie laut – auch bei Ihrer Kirchengemeinde oder Landeskirche.

Ich bedanke mich für Ihre/ Eure Aufmerksamkeit

JK